

Vorbild?

Franz Jürgens wird als Retter von Düsseldorf geehrt. Ein Held mit einer ziemlich düsteren Geschichte, die gerne übersehen wird. **S.2**

Vergünstigungen

Wo fängt die Korruption an? DIE LINKE Ratsfraktion verabschiedet klare Verhaltensregeln für die Annahme von Geschenken. **S.3**

Ordnungswahn

Seit 15 Jahren gibt es die repressive Straßenordnung um unliebsame Menschen zu vertreiben. DIE LINKE fordert die Veränderung. **S.5**

Trickkiste

Die Schulen müssen saniert werden. Das kostet Geld, aber Düsseldorf soll schuldenfrei bleiben. Also muss getrickelt werden. **S.7**

Auf die Strasse



Foto: DIE LINKE NRW/flickr

Entfristen statt hochbücken

Für die Abschaffung von befristeten Arbeitsverträgen

Zeitlich befristete Arbeitsverträge wird immer mehr zum normalen Arbeitsverhältnis in Deutschland. Fast jedeR zweite ArbeitnehmerIn wird in Deutschland zunächst befristet eingestellt. Der Anteil der befristeten Neueinstellungen ist von 32 % im Jahr 2001 auf 46 % im Jahr 2010 gestiegen. In NRW lag der Prozentsatz 2013 bei Neueinstellungen bei 47 %.

Damit hat sich in den Jahren 1993 bis 2013 die Zahl der befristet Beschäftigten gesamtwirtschaftlich in Deutschland verdreifacht. Gab es im Jahr 1993 lediglich 876.000 Beschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag, waren es im Jahr 2013 schon 2.734.000. In NRW stieg der Anteil von befristeten Arbeitsverträgen von 284.000 im Jahr 1993 (Anteil von 3,6 % aller Arbeitsverhältnisse) auf 640.000 im Jahre 2013 (8,1 %).

Besonders dramatisch ist, dass die sachgrundlose Befristung stark zugenommen hat. Als Sachgrund gilt beispielsweise Elternzeitvertretung. 2001 lag die Zahl der sachgrundlosen Befristungen bei 554.000 und damit bei einem Anteil von 32 % an allen befristeten Arbeitsverträgen. Im Jahr 2014 wurden rund 1,3 Millionen Arbeitsverträge ohne Sachgrund befristet. Das ist eine Steigerung auf 48

Prozent. Nur knapp jedeR zweite dieser ArbeitnehmerInnen wurden nach Ende der Befristung im gleichen Betrieb weiterbeschäftigt. Diese Zahlen sind weiter gesunken, so dass in NRW 2013 nur 37 % übernommen wurden. In einer Befragung im Auftrag der IG Metall haben 2010 mehr als ein Viertel - nämlich 28 % - der unter 34-jährigen angegeben, im bisherigen Berufsleben ausschließlich befristet beschäftigt gewesen zu sein.

Das erschwert nicht nur die berufliche Perspektiven, sondern auch die private Lebensplanung. Durch befristete Arbeitsverträge werden die Arbeitnehmerschutzgesetze ausgehöhlt. Eine Befristung führt praktisch zu einer Ausweitung der gesetzlichen Probezeit. Unliebsame Beschäftigte wie kritische Betriebsräte, werdende Mütter oder Menschen mit Behinderungen können die Unternehmen einfacher loswerden. Aber auch eine Krankmeldung kann schon ein Problem werden. Wer befristet beschäftigt ist, wehrt sich nicht gegen Ungerechtigkeiten, erduldet Drangsalierungen und beteiligt sich auch nicht an Warnstreiks oder Streiks in der Hoffnung den Job verlängert zu bekommen. Besonders betroffen von befristeten Arbeitsverträgen sind Jugendliche und

Frauen. Das liegt vor allem daran, dass ein Großteil der befristeten Arbeitsstellen im Dienstleistungssektor und im Gesundheits- und Sozialwesen vorkommen.

Der höchste Anteil an befristeten Verträgen befindet sich dann auch in den Berufsfeldern „Gesundheit, Soziales und Erziehung“ (25,4 % NRW). Ein Indiz dafür, dass auch Kommunen von dem Mittel der befristeten Arbeitsstellen immer noch und immer mehr Gebrauch machen. Deshalb stellt die Ratsfraktion DIE LINKE regelmäßig Anfragen zur Arbeitssituation in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben.

Aus der Anfrage vom 22. März 2015 ging hervor, dass mit Stand vom 11. März 409 Beschäftigte in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen, davon wurden 74 mehr als einmal verlängert. Immerhin wurden bei der Stadt Düsseldorf im Zeitraum 01.01.2012 bis zum 11.03.2015 insgesamt 427 Beschäftigte aus einem befristeten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Dennoch ist auch nur eine befristete Stelle eine zu viel, deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die befristeten Stellen abgeschafft werden und die ArbeitnehmerInnen übernommen werden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

seit Anfang des Jahres sind bereits über 1.500 Menschen auf ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Anstatt Initiativen zu ergreifen, die Menschen zu retten, wird Europa noch mehr abgeschotet. Für die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind zu wenige Unterkünfte vorhanden. Anstatt sie zu integrieren, sollen die Asylverfahren beschleunigt werden, um sie schneller abschieben zu können. Mit den USA und Kanada werden Freihandelsabkommen verhandelt, die für mehr Profit bei internationalen Konzernen sorgen, aber die Rechte der VerbraucherInnen und der Beschäftigten einschränken. Angeblich hat Europa seit dem Ende des 2. Weltkrieges die friedlichste Epoche aller Zeiten erlebt. Vergessen werden dabei der Krieg im Kosovo, die Beteiligung an den Kriegen in Afghanistan, dem Irak, in Libyen und Syrien. Ebenso der Konflikt in der Ukraine und das aggressive Auftreten gegenüber Russland.

Am 9. Mai ist Europa-Tag. Dann will die Stadtverwaltung ein großes Fest ausrichten, um Europa so positiv wie möglich darzustellen. Kritische Stimmen sind dabei nicht erwünscht. Zur gleichen Zeit wird DIE LINKE zusammen mit verschiedenen Initiativen mit Ständen und Aktionen vor dem Rathaus auf die Probleme in Europa aufmerksam machen. Nur wenn man die Probleme thematisiert und beseitigt, kann es ein friedliches und solidarisches Europa geben.

Ihre Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 899-5123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

36.046 Arbeitslose in Düsseldorf = 11,3%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im März 2014 bei 27.706 (offizielle Arbeitslosenquote 8,7 %). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 36.046 um 8.340 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl.

Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

Gesamtschule: 221 Kinder abgelehnt

Auch unter der neuen Ampel-Koalition im Rathaus wird eine große Anzahl Kinder an den Düsseldorfer Gesamtschulen aus Kapazitätsgründen abgelehnt. Wie eine aktuelle Verwaltungsvorlage zeigt, können auch in diesem Jahr 221 Schülerinnen und Schüler nicht aufgenommen werden, da nicht ausreichend Plätze vorhanden sind. Sie können somit ihre bevorzugte Schulform nicht besuchen.

Nachdem sich SPD und Grüne in ihrer Oppositionszeit stets für eine ausreichende Zahl an Gesamtschulplätzen stark machten, lehnten sie nach ihrem Eintritt in die Ampel-Koalition einen Antrag der LINKEN zur Bereitstellung der Plätze ab. DIE LINKE wird sich auch zukünftig für weitere Gesamtschulen einsetzen.

Im Interessenkonflikt Beratungsunternehmen bei der Stadt

Die Beratungsunternehmen Price Waterhouse Coopers (PWC), KPMG, Ernst & Young und Deloitte unterstützen große Konzerne dabei, ihre Steuerzahlungen so zu gestalten, dass sie ihre Gewinne in Luxemburg zu deutlich geringen Sätzen als in der Bundesrepublik versteuern können. Dies wurde durch den sogenannten Luxemburg-Leak Ende April 2014 öffentlich. Die Auswertung von „geleakten“ Dokumenten der Konzerne machte die legale Steuervermeidung von deutschen Konzernen in Millionenhöhe bekannt. Unter anderem wurde veröffentlicht, dass PWC dem Energiekonzern E.ON, mit Hauptsitz in Düsseldorf, über ein Steuermodell Millionen Euro Zahlungen an die BRD ersparte.

abschlussprüfung bei städtischen Betrieben erhalten und waren auch in andere städtische Projekte eingebunden. Dies soll auch in Zukunft so weiter gehen, wie die Stadtverwaltung auf Anfrage der LINKEN bekannt gab. Dass diese Unternehmen dafür sorgen, dass Düsseldorf geringere Gewerbesteuer-einnahmen einführt, schreckt die Stadtverwaltung anscheinend nicht ab.

Hiervon sind auch die Gewerbesteuer-einnahmen der Stadt betroffen. In welcher Höhe der Stadt Düsseldorf Einnahmen entgangen sind, konnte die Verwaltung auf eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE schlicht nicht beantworten.

Die Beratungsunternehmen arbeiten jedoch nicht nur für die freie Marktwirtschaft. Auch die Kommunen erteilen den Unternehmen Aufträge, bspw. für Bilanzprüfungen. So haben die genannten Unternehmen in Düsseldorf im letzten Jahr zehn Aufträge zur Jahres-

Der Antrag fand keine Mehrheit.

Die Fraktion DIE LINKE stellte in der Ratssitzung am 30. April den Antrag, die genannten Unternehmen für keine weiteren Abschlussprüfungen oder sonstige Projekte der Stadt zu beauftragen.

Straßennamen und ihre Bedeutung

Der Jürgensplatz und die Franz-Jürgens-Straße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial-, Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Gleichzeitig fordert die Ratsfraktion, dass durch Umbenennung WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus geehrt werden. Dies ist gerade jetzt hoch aktuell. Auch wenn die Änderung des Straßennamens für die AnwohnerInnen formal unangenehm sein mag. Aber noch unangenehmer ist sicherlich, wenn die persönliche Anschrift an einen Nazi-Mörder oder Kolonial-Verbrecher erinnert.

Der Jürgensplatz und die Franz-Jürgens-Straße

Was hat hier Franz Jürgens zu suchen, werden sich viele fragen. Gilt er doch als ein Widerstandskämpfer, der in den letzten Tagen der Nazi-Herrschaft in Düsseldorf noch hingerichtet wurde. Widerständler hatten Kontakt mit dem Kommandanten der Düsseldorfer Schutzpolizei aufgenommen, um die Stadt vor der Zerstörung zu retten und den von Gauleiter Florian formulierten Kampf bis zum Letzten zu verhindern. Diesen mutigen Einsatz bezahlte er mit anderen am 16. April 1945 mit dem Leben. Am 17. April rückte die US-Armee in Düsseldorf ein, ohne dass ein Schuss fiel. Soweit die Geschichte, die in diesen Tagen überall zu lesen war.

Es gibt aber auch eine andere Geschichte, die nur selten zur Sprache kommt und wenn dann beschönigt und relativiert wird. 1920 trat er in den Polizeidienst in Darmstadt ein. Er war zunächst Polizei-Leutnant, ab 1923 dann Oberleutnant. 1932 wurde er zum Hauptmann befördert. Seine Beförderung zum Major erfolgte 1937, 1943 schließlich zum Oberstleutnant. Am

27. Oktober 1944 wurde Jürgens nach Düsseldorf versetzt. Dort übernahm er am 1. Januar 1945 das Kommando über die Schutzpolizei. Schon 1933 war er in die NSDAP eingetreten. Behauptet wird, ohne es zu belegen, dass er kein strammer Parteigänger war. Bis 1941 war er in Hamburg bei der Schutzpolizei, die wie überall in der Verfolgung von WiderstandskämpferInnen und anderen

ser Kommandobefehl Nummer 62 vom 4. November 1942 vom Kommandeur Franz Jürgens. Die „Evakuierung“ führte unter anderem ins Vernichtungslager Treblinka.

Der Historiker Prof. Dr. Kurt Düwell, der die bekannten Fakten über Jürgens recht eigenwillig interpretiert, berichtet von Jürgens Antrag auf Aufnahme in die SS von 1943/44. Auch diesen Antrag



Polizeipräsidium 1945 - Ort der Repression und Folter

Foto: Mahn- und Gedenkstätte

Personenkreisen, die vom Nationalsozialismus verfolgt wurden, nicht nur involviert, sondern auch aktiv beteiligt war. 1941 wurde Jürgens nach Darmstadt versetzt. Dort war er ein Jahr später bei der Deportation der dortigen jüdischen Bevölkerung beteiligt oder wie es so schön im Buch „Transparenz und Schatten“ der Düsseldorfer Polizei heißt, „im Dunstkreis der Verfolgung gegen das Judentum“ aktiv. Dafür gab es Dank: „Der Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle Darmstadt übermittelte mir für die erwiesene Unterstützung bei der Durchführung der Judenevakuierung seinen Dank. Für den vollen Einsatz spreche ich allen beteiligten Offizieren, Unterführern und Männern meine Anerkennung aus“. Unterzeichnet war die-

versucht Düwell noch im positiven Sinne Jürgens zu bewerten ohne dies zu belegen.

Im allerletzten Moment erkennt Jürgens dann im April 1945 doch noch die Zeichen der Zeit (wie schon 1933) und stellt sich gegen das sich auflösende Regime, weil er die militärische Lage realistisch einschätzt. Ob er jedoch grundsätzlich etwas gegen das NS-Regime hatte, darf bezweifelt werden.

Bei der tiefen Verstrickung in den Nationalsozialismus bleibt es unverstänlich und ist es sehr ärgerlich, dass bis heute Franz Jürgens geehrt wird, während das Gedenken an den Widerstand und hier vor allem der linke Widerstand bis heute in Düsseldorf so gut wie gar nicht sichtbar ist.

Vergünstigungen für Ratsmitglieder?

DIE LINKE verabschiedet Verhaltensregeln

Im Herbst letzten Jahres bekamen wir zu unserer Überraschung für jedes Heimspiel von Fortuna Düsseldorf und der DEG jeweils zwei Freikarten für die VIP-Lounge vom Oberbürgermeisterbüro zur Verfügung gestellt. Anscheinend ist es lang geübte Praxis, dass die Ratsfraktionen in dieser Weise bedacht werden.

Nach eingehender Diskussion hat unsere Fraktion beschlossen, die Karten an Fifty-Fifty-VerkäuferInnen weiterzugeben.

Im Januar hat sich die CDU-Fraktion bitterlich darüber beklagt, dass sie unter dem neuen Oberbürgermeister weniger Karten für die VIP-Lounge (Marktpreis ca. 150.- Euro pro Karte) bekommt. Bei der Diskussion im Ältestenrat hat unsere Sprecherin darauf hingewiesen, dass unsere Ratsmitglieder die Karten nicht in Anspruch nehmen, sondern sie an Obdachlose weiterleiten. Seitdem bekommen wir keine Karten mehr. Was schade für die Obdachlosen ist.

Die auch in den Medien geführte

Diskussion hat uns dazu gebracht, ein lang geplantes Papier zu beschließen. Mit Unterstützung von Transparency International haben wir Verhaltensregeln zum Umgang mit Vergünstigungen aufgesetzt und für die Mitglieder der Fraktion und die VertreterInnen in Ausschüssen und Gremien verbindlich verabschiedet.

Grundlage der Regelungen ist es, dass aus der Annahme von Geschenken oder Einladungen keine Abhängigkeiten entstehen, die Entscheidungen beeinflussen können. Deshalb kommt die Annahme von Geschenken wie Freikarten im Wert von 150.- Euro per se nicht in Frage. Als Wertgrenze für Kugelschreiber, Kalender o. ä. haben wir die Regelung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst übernommen, die bei 15.- Euro liegt. Die Annahme von Bargeld ist generell ausgeschlossen.

DIE LINKE schließt sich nicht der Meinung an, dass die ehrenamtliche Tätigkeit in der Kommunalpolitik mit Geschenken und Vergünstigungen aufgewertet werden sollte. Die hier diskutierten Vergünstigungen gehen über gesetzliche Regelungen hinaus und kommen von Menschen oder Institutionen, die dafür Gegenleistungen erwarten.

DIE LINKE Ratsfraktion wird ihre Verhaltensregeln als Muster nehmen, um eine entsprechende Regelung für alle Ratsmitglieder zu erreichen.



Mit Eintrittskarten fängt es an...

Foto: (CC BY-NC 2.0) Jakob Huber/Campact/flickr

Abschiebestadt Düsseldorf Praktizierte Willkommenskultur

Düsseldorf präsentiert sich nach außen als eine internationale und multikulturelle Stadt. In dieser sollte es möglich sein Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, ein sicheres Asyl zu gewährleisten. Stattdessen besitzt die Stadt mit dem Düsseldorfer Flughafen einen der größten Abschiebeflughäfen der BRD, von dem regelmäßig Sammel- und Einzelabschiebungen stattfinden.

Auch die Stadt Düsseldorf beteiligt sich fleißig an den Abschiebungen. So lässt die kommunale Ausländerbehörde immer mehr Menschen abschieben. Aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE geht hervor, dass letztes Jahr 232 Personen aus Düsseldorf abgeschoben wurden. Die Zahl der Abschiebungen aus Düsseldorf hat sich damit in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt.

So waren es 2011 noch 100 Personen, die aus Düsseldorf abgeschoben wurden. Zum größten Teil sind Menschen aus den Balkan-Staaten von den Ausweisungen betroffen. Ethische Ver-

folgung, Armut und unwürdige Wohnbedingungen sind meist die Gründe für die Flucht dieser Menschen aus ihren Heimatländern. In Deutschland angekommen, droht ihnen meist sofort die Ausweisung, zurück in ein Leben von Armut und Verfolgung. Seit Jahren fordert DIE LINKE im Rahmen der Haushaltssitzung

die Streichung aller finanziellen Mittel für Amtshilfen im Rahmen von Abschiebungen. Die Stadt Düsseldorf solle auf jegliche Amtshilfen und Unterstützung von Abschiebungen verzichten und die vielzitierte „Welttoffenheit“ praktisch werden lassen. Bisher sind alle Anträge abgelehnt worden.



Abschiebung in Heidelberg verhindert - zur Nachahmung empfohlen

Foto: de.indymedia.org

Hilfe beim Ausstieg aus der Prostitution

Eine Anfrage der LINKEN im Ausschuss für Gesundheit und Soziales ergab, dass der Verwaltung in Düsseldorf 145 Betriebsstätten mit insgesamt 635 Prostituierten bekannt sind. Bei großen Messen steigt diese Anzahl um 10 %. Hinzu kommen die in der Straßenprostitution tätigen Personen.

Überwiegend handelt es sich dabei um Frauen, die oftmals psychische und körperliche Schäden davontragen. Fassen die Frauen den Entschluss, aus der Prostitution auszusteigen, werden sie mit zahlreichen Problemen konfrontiert, deren Bewältigung ohne Unterstützung und professionelle Hilfe kaum möglich ist.

DIE LINKE Ratsfraktion thematisierte im Gleichstellungsausschuss diesen Umstand, da die bestehenden Angebote dieser speziellen Situation nicht gerecht werden. Aus der Antwort auf unsere Anfrage nach einer Erweiterung der Hilfsangebote zum freiwilligen Ausstieg ging hervor, dass eine solche Erweiterung nicht geplant ist.

Ortsumgehungen beerdigt

Der Ausbau Düsseldorfs zur autofreundlichen Stadt traf in den letzten Jahren auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung. Nachdem auch die Verwaltung aufgrund der zu erwartenden hohen Kosten die weitere Planung für die sogenannten Ortsumgehungen auf Eis gelegt hatte, wurde nur noch von CDU und FDP der Bau von vierspurigen „Stadtautobahnen“ favorisiert. Erst die Kommunalwahl hat es ermöglicht, die weitere Planung tatsächlich zu beerdigen. So wurde jetzt in den zuständigen Gremien beschlossen, den dritten Bauabschnitt der Ortsumgehung Flingern (zwischen Hellweg und Walter-Eucken-Straße) und die Süderweiterung der Toulouse Allee (zwischen Am Wehrhahn und Erkrather Straße) nicht weiter zu verfolgen.

Ein später Erfolg für alle Menschen, die sich in verschiedenen Bürgerinitiativen gegen die Ortsumgehungen engagiert haben. Ebenso für DIE LINKE, die dieses Engagement immer tatkräftig unterstützt hat. Allerdings hätten wir uns die Einsicht früher gewünscht, bevor Millionen von Euro sinnlos in den bereits erfolgten Ausbau der ersten Abschnitte gesteckt wurde.

Förderpreis für die alternative Kulturszene

Das vielfältige kulturelle Angebot kleiner (Off)Kulturvereine trägt dazu bei, unsere Stadtteile aufzuwerten und die Lebensqualität vor Ort zu erhöhen.

Eine Förderung dieser Arbeit auf städtischer Seite erschöpft sich in geringfügiger Unterstützung einzelner Projekte, welche jedoch diesen Kulturvereinen nicht die auch erforderliche Anerkennung zukommen lässt.

Daher wird DIE LINKE, Ratsfraktion Düsseldorf zur nächsten Sitzung des Kulturausschusses beantragen, einen jährlichen Förderpreis für die freie Kunst- und Kulturszene einzurichten.

Das alternative Verständnis von Kultur bedarf ebenfalls einer städtischen Förderung, um die kulturelle Belebung und den Austausch in unserer Gesellschaft auszubauen. Eine Würdigung der vielfältigen Leistungen im Bereich der Kunst und Kultur muss erfolgen. Durch unseren Antrag fordern wir eine Alternative für das Alternative.

Neuer Radweg auf der Oberkasseler Brücke

Der Vorschlag der Verwaltung, alle RadfahrerInnen zukünftig nur noch auf der Autofahrbahn der Oberkasseler Brücke fahren zu lassen, wurde im Verkehrsausschuss einstimmig abgelehnt. Die Verwaltung hatte jahrelang ähnliche Anträge, insbesondere der Ratsfraktion DIE LINKE Düsseldorf, wegen angeblicher Gefährdung abgewiesen. Diese sahen allerdings den Radweg auf der Fahrbahn nur für diejenigen RadfahrerInnen vor, die sich zutrauen, das Fahrrad für diese schnelle Verbindung zur und von der Innenstadt zu benutzen. Menschen, die sich das nicht zutrauen, sollten weiterhin den gemeinsamen Geh- und Radweg benutzen dürfen. Hintergrund für den Meinungsumschwung der Verwaltung ist wohl die gesetzlich vorgeschriebene kostspielige Erhöhung des Brückengeländers für den Fall, dass weiterhin Fahrräder auf dem bisherigen Geh- und Radweg fahren.

Auf Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE wurde der neue Radweg auf der Fahrbahn bei Beibehaltung der Möglichkeit des Radfahrens auf dem Fußweg beschlossen. Eine etwas teurere aber für alle gute Lösung.

Nicki Blanchard

Haben Stadt und SWD versagt?

BewohnerInnen am Flughafen warten immer noch auf Lärmschutz

Die Betriebserlaubnis für den Flughafen Düsseldorf wurde im Jahre 2007 davon abhängig gemacht, dass die Betreiber des Flughafens Mittel für den Lärmschutz der AnwohnerInnen bereit stellen. 2008 brachte der Flughafen eine entsprechende Broschüre mit dem Titel: „Lärmschutz am Flughafen – Überblick und Details“ heraus. Der Flughafen erklärt dort, dass er für Lärmschutzmaßnahmen und Entschädigungsleistungen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Sowohl im Tagschutzgebiet als auch im Nachtschutzgebiet ist der Flughafen Düsseldorf verpflichtet, die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen zu finanzieren. Diese Verpflichtung war Voraussetzung für die Betriebsgenehmigung.

Ein weiterer Punkt in der Broschüre ist das „Außenwohnbereichsentschädigungsgebiet“. Dies betrifft alle Gebäude, die vor dem 4. März 1974 erbaut bzw. baurechtlich genehmigt wurden und einen Außenwohnbereich besitzen, also Gärten, Vorgärten, Terrassen, Balkone etc. Hier besteht Anspruch auf eine Entschädigung von 2 % des Verkehrswertes der Immobilie. Es ist ein Verkehrswertgutachten zu erstellen, dessen Kosten der Flughafen trägt.

Da Ansprüche längstens bis zum Ablauf von fünf Jahren nach der Betriebsgenehmigung gestellt werden können,

hat die Fraktion DIE LINKE zur Ratsitzung am 30. April die Anfrage eingereicht, ob dies durch die städtische Wohnungsgesellschaft SWD für ihre MieterInnen im genannten Gebiet im Rahmen der Fristen erfolgt ist und ob die übrigen BewohnerInnen in den Lärmschutz zonen durch die Stadt über ihre Rechte aufgeklärt wurden.

Für DIE LINKE besteht der Verdacht, dass durch Versäumnisse der SWD und der Stadtverwaltung die Ansprüche der

BewohnerInnen aus der Betriebserlaubnis des Flughafens verloren gegangen sind.

Die AnwohnerInnen am Flughafen sind bereits heute fast minütlich dem Lärm von startenden und landenden Flugzeugen ausgesetzt. Gleichzeitig wollen Stadt und Flughafenbetreiber den Flughafen weiter ausbauen.

Anstatt dass man darüber nachdenkt, sollte der Lärmschutz für die AnwohnerInnen endlich umgesetzt werden.



Nicht nur Lärm nervt, auch Stadt und SWD

Foto:(CC BY-NC 2.0) GiuliaBartra/flickr

Kranke dritter Klasse

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen verbessern

Flüchtlinge haben nur Anspruch auf eine sehr eingeschränkte Gesundheitsversorgung. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist gerade in diesem Bereich besonders problematisch: Geholfen wird nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzen – ernsthafte Krankheiten wie angeborene Fehlbildungen oder chronische Erkrankungen wie komplizierte Herzfehler werden nicht behandelt.

Weiterhin problematisch ist, dass Flüchtlinge nicht einfach zum Arzt gehen dürfen. Sie müssen zuerst einen

Krankenschein, der ihnen die Erlaubnis für den Arztbesuch gibt, beim Sozialamt beantragen. Medizinisches Fachpersonal ist bei der Entscheidung nicht beteiligt. Diese umständliche und unnötige Prozedur kann zu erheblichen Verzögerungen bei der ärztlichen Versorgung führen.

Bundesweite Regelungen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen sind dringend notwendig. Einen unkomplizierten Zugang zum Gesundheitssystem können jedoch auch die Kommunen ermöglichen: Sie ha-

ben die Möglichkeit, von den Krankenscheinen Abschied zu nehmen und auf Krankenversicherten-Chipkarten umzustellen, welche einen Arztbesuch ohne vorherigen Gang zum Sozialamt ermöglichen. Die Städte können hierzu die Abrechnung der Krankenbehandlung auf die Krankenkassen übertragen.

Die Erfahrungen verschiedener Städte zeigen, dass sich neben den Verbesserungen für die Flüchtlinge so auch administrative Kosten in erheblichem Umfang einsparen lassen. Die Einführung einer solchen Chipkarte in Düsseldorf könnte daher weitgehend kostenneutral erfolgen.

DIE LINKE Ratsfraktion beantragte im Düsseldorfer Stadtrat, eine entsprechende Vereinbarung mit den Krankenkassen zu treffen und eine Chipkarte für Flüchtlinge einzuführen. Diesem Antrag wollten die Ampel-Parteien jedoch nicht folgen. Aufgrund unserer Initiative wurde jedoch eine Prüfung der Voraussetzungen für eine solche Karte für Flüchtlinge beschlossen. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf das Thema erneut in den Stadtrat einbringen.



Warten auf den Krankenschein

Foto:(CC BY-NC 2.0) Community Eye Health/flickr

Die Düsseldorfer Straßenordnung

Repression gegen Unliebsame



Wer Geld hat darf auf der Straße trinken... Foto: © Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH

Die Düsseldorfer Straßenordnung (DStO) ist bundesweit berüchtigt. Besonders der § 6 „Störendes Verhalten auf Straßen und in Anlagen“ steht seit Jahren in der Kritik. Restriktiv geändert wurde der Paragraph der DStO 2000 unter dem damaligen CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin, der während seiner Regierungszeit bekannt wurde für den repressiven Umgang mit allen Menschen, die nicht in das öffentliche Bild des Düsseldorfs der Reichen und Schönen passten.

Schon damals kritisierten soziale Institutionen, Initiativen und Organisationen die Verschärfung der Straßenordnung. Sie warfen der Politik vor, die neue Ordnung sei gezielt gegen bestimmte Minderheiten wie Obdachlose, Junkies oder Punks ausgerichtet. Dem Ordnungs- und Servicedienst (OSD) eröffnete dieser Paragraph eine noch härtere Handhabung gegen Randgruppen, die seit dem gezielter und konsequenter aus der Innenstadt vertrieben werden.

Diese legitimierten ordnungspoli-

tischen Maßnahmen wurden in den letzten Jahren immer wieder konsequent vom OSD durchgesetzt. Aus einer Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE an den Ordnungs- und Verkehrsausschuss ergibt sich, dass im letzten Jahr 333 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen gegen § 6 der DStO eingeleitet wurden, die dann über Verwarn- oder Bußgeldbescheide eingestellt wurden.

Bis heute gibt es von sozialen Institutionen und Organisationen Widerstand gegen den § 6. So forderten der „Initiativkreis Armut“ und das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ Ende vergangenen Jahres in einem offenen Brief die Streichung des Paragraphen. Die Ratsfraktion DIE LINKE schließt sich den Forderungen der Initiativen an.

Die neue Ratsmehrheit unter SPD, Grünen und FDP hätte die Möglichkeit, die DStO zu ändern, ja sogar den Paragraph 6 streichen zu lassen, so wie es die Grünen einst, als eine Neufassung der DStO in Kraft trat, gefordert hatten. Auch die SPD sprach sich 2000 vehement gegen die Verschärfung von § 6 aus. Von dieser kritischen Haltung ist heute nicht viel übrig geblieben, so scheint es.

Geisel und Demokratie

Plausibilität geht vor Auszählung

In einer teilweise chaotisch ablaufenden Sitzung des Düsseldorfer Rates am 05.02.2015 wurde über den Antrag der LINKEN abgestimmt, die zurzeit in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA abzulehnen. Nach einer eingehenden Diskussion ergab die Abstimmung ein Ergebnis von 31 Pro- und 32 Kontrastimmen zu dem Antrag. Allerdings stellte der Oberbürgermeister Geisel sofort klar, dass die Auszählung nicht eindeutig sei und man noch mal auszählen müsse. Die zweite Auszählung ergab eine klare Mehrheit für den Antrag von 38 zu 33 Stimmen. Der OB stellte fest, dass damit der Antrag der LINKEN angenommen sei und ein weiterer Antrag der Grünen sich damit erledigt habe.

Darauffin brach das Chaos aus; ein Geschäftsordnungsantrag jagte den anderen. Bei der zweiten Auszählung sollen Ratsmitglieder teilgenommen haben, die beim ersten Mal nicht mit gestimmt hatten oder gar nicht im Raum waren. Nach längerer Diskussion entschied der Oberbürgermeister die erste Auszählung zu akzeptieren, weil sie ihm „plausibler“ erschien.

Es kann aber nicht sein, dass Ergebnisse nicht ordnungsgemäß ausgezählt werden und aufgrund einer Einschät-



Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt...

Foto: (CC BY 2.0) Meena Khadri/piqs

zung des OB zur Plausibilität entschieden werden. Darüber hinaus hat der OB – was auch im Protokoll der Sitzung nachzulesen ist – mehrmals darauf hingewiesen, dass die erste Auszählung nicht gültig war. Erst zum Schluss hat er sich dafür entschieden, doch das erste Zählergebnis zu werten.

DIE LINKE Ratsfraktion hat jetzt Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Wir wollen feststellen lassen, dass die

Wertung des Oberbürgermeisters unzulässig ist.

Übrigens wurde nach einer Sitzungsunterbrechung der Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen zu dem Thema mit einer Mehrheit von 39 zu 37 Stimmen angenommen. Allerdings geht dieser Antrag nicht so weit wie der der LINKEN, die eine generelle Ablehnung gefordert haben. Die Grünen forderten nur die Ablehnung der gegenwärtigen Verhandlungen.

Mitwirkung für EinwohnerInnen

Einwohnerinnen und Einwohner haben das Recht, im Rahmen einer Sitzung ihrer Bezirksvertretung Fragen an die Verwaltung der Stadt Düsseldorf zu stellen. Das Prozedere dazu ist im § 22 der Geschäftsordnung des Rates geregelt. Allerdings ist die Regelung so bürokratisch, dass mögliche FragestellerInnen eher abgeschreckt werden. So müssen Fragen drei Wochen vor einer Sitzung schriftlich eingereicht werden. Die Fragen werden nur mündlich beantwortet und nur dann, wenn die Fragesteller auch anwesend sind.

BezirksvertreterInnen hingegen müssen Anfragen erst zwei Wochen vor einer Sitzung einreichen und bekommen die Antworten schriftlich, auch wenn sie an der Sitzung nicht teilnehmen.

Anträge der LINKEN in verschiedenen Bezirksvertretungen haben dazu geführt, dass die Verwaltung an einer entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung arbeitet.

Wohnungsleerstand hat sich verdoppelt

Steigende Mieten – immer weniger preiswerter Wohnraum. Gleichzeitig stehen mehrere tausend Wohnungen in Düsseldorf leer. Die Stadt veröffentlichte jetzt die Zahlen des Wohnungsleerstands für die Jahre 2009 bis 2012.

Die vorgelegten Zahlen geben deutliche Hinweise auf eine besorgniserregende Entwicklung: Die Leerstandsquote (Mietwohnungen die mehr als drei Monate leer stehen) ist demnach von 2,15 % im Jahr 2009 auf 4,09 % im Jahr 2012 deutlich gestiegen. Bezogen auf den Wohnungsbestand zu diesen Terminen bedeutet das in absoluten Zahlen, dass der Leerstand sich innerhalb von nur vier Jahren von rund 7.000 Wohnungen auf über 14.000 Wohnungen verdoppelt hat. Um spekulativen Wohnungsleerstand zu verhindern, können Kommunen eine Zweckentfremdungsverordnung erlassen. Wie im vergangenen R(h)einblick dargestellt, hat DIE LINKE eine solche Verordnung beantragt: Wohnraum sollte in Düsseldorf ohne Genehmigung nicht länger als drei Monate leer stehen dürfen, Zuwiderhandlungen als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Ratssitzungen im Internet

Seit einiger Zeit können interessierte Menschen per Livestream die Sitzungen des Düsseldorfer Rates mitverfolgen. Schon bei der Einführung hat DIE LINKE beantragt, dass diese Mitschnitte auch gespeichert und per Internet langfristig zur Verfügung gestellt werden. Aus unterschiedlichen Gründen ist es vielen Menschen nicht möglich, die Sitzungen live zu verfolgen. Damals wurde entschieden, dass erst einmal eine Probephase abgewartet werden soll, bevor man sich mit der Speicherung beschäftigt. Da diese Probephase mit der letzten Kommunalwahl vor einem Jahr abgeschlossen wurde, haben wir noch einmal nachgefragt, wie weiter mit dem Thema umgegangen wird.

Nach Auskunft der Verwaltung ist eine Speicherung technisch möglich und verursacht Kosten von ca.

200.- Euro (in Worten: zweihundert) pro Jahr. Allerdings ist sie in der Geschäftsordnung des Rates nicht verankert und deswegen kann die Verwaltung eine Speicherung nicht veranlassen.

Wir haben jetzt beantragt, dass die Geschäftsordnung entsprechend geändert wird.

Resolution gegen Fremdenfeindlichkeit

Der Stadtrat hat mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und DIE LINKE sich am 5. Februar gegen Fremdenfeindlichkeit ausgesprochen. Anlass für die Resolution waren die fremdenfeindlichen und rassistischen Auftritte der so genannten „Dügida“ und deren offen rechtsextremistischen und rassistischen Äußerungen. Der Stadtrat lehnt jede Form von Ausgrenzung, Diskriminierung, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und religiösem Extremismus ab. Dem montäglichen Nazizirkus soll mit demokratischen und vielfältigen Mitteln und Aktionen begegnet werden. Die Resolution bezieht sich konkret auf die Gegenveranstaltung als noch der Düsseldorf Appell beteiligt war. Seitdem dieser sich jedoch zurückgezogen hat und „Düsseldorf stellt sich quer“ alleine die Gegenaktionen organisiert, ist von den anderen Parteien nichts mehr zu sehen. Ausser von den Grünen und der LINKEN, die sich weiterhin am Protest beteiligen. Worte sind halt oft nur leere Luft.

DIE LINKE erfolgreich Düsselpass wird unbürokratisch zugesandt

Fünf Anfragen und Anträge der LINKEN im städtischen Sozialausschuss waren notwendig, letztendlich haben sie jedoch zum Erfolg geführt: Der Düsselpass wird künftig den Anspruchsberechtigten automatisch und ohne bürokratische Antragstellung zugesandt.

oder in vergleichbaren Einkommenssituationen leben.

Derzeit muss der Großteil der Anspruchsberechtigten den Pass allerdings gesondert beantragen und eine Berechtigung nachweisen. Dieses bürokratische Verfahren hat zur Folge,

Hier bekommen Sozialleistungsbeziehende einen vergleichbaren Pass automatisch und ohne gesonderte Antragstellung zugesandt.

DIE LINKE erachtet dieses Verfahren auch für Düsseldorf als erheblich sinnvoller. Wir thematisierten dies daher in den vergangenen zwei Jahren mit einer Reihe von Anfragen und Anträgen im Sozialausschuss der Stadt. Unsere Anträge lehnte die alte und neue Rathausmehrheit zwar ab, die Verwaltung sicherte jedoch eine Prüfung zu.

In der vergangenen Ausschusssitzung wurde das erfreuliche Ergebnis der Prüfung bekannt gegeben: Der Düsselpass wird an Personen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, automatisch verschickt.

Ein automatischer Versand soll zukünftig auch an alle Hartz IV-Beziehenden erfolgen. Hierzu laufen bereits die organisatorischen und logistischen Vorbereitungen. Da jedoch auf Daten der Bundesagentur für Arbeit gewartet werden muss, kann mit der Zusendung leider erst im Laufe des Jahres 2016 begonnen werden. DIE LINKE freut sich dennoch über die Verbesserungen.



Die Glotze kann jetzt öfters ausbleiben

Foto: (CC BY 2.0) vauvau/flickr

Worum es geht: Immer mehr Menschen in Düsseldorf leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Mit dem Düsselpass erhalten diese Menschen Vergünstigungen bei Kultur- und Sportangeboten. Anspruchsberechtigt sind Personen, die Sozialleistungen beziehen

dass von fast 100.000 Berechtigten in Düsseldorf lediglich 35.000 im Besitz des Düsselpasses sind – rund zwei Drittel nehmen die Vergünstigungen somit nicht in Anspruch.

Dass es auch wesentlich unbürokratischer geht, zeigt die Stadt Hannover:

18.000 mal gekürzt Anzahl der Hartz IV-Sanktionen verdreifacht

Bundesweit lag die Anzahl der Sanktionen gegen Hartz IV-Beziehende im vergangenen Jahr erneut bei über einer Million. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat im städtischen Sozialausschuss die Sanktionszahlen der vergangenen Jahre für Düsseldorf erfragt.

Die Verwaltungsantwort zeigt eine erschreckende Bilanz: Obwohl die Zahl der Hartz IV-Beziehenden in Düsseldorf leicht gesunken ist, hat sich die Anzahl der verhängten Sanktionen innerhalb von nur vier Jahren verdreifacht. Das Jobcenter sanktioniert somit Erwerbslose deutlich häufiger.

Die Anzahl der Sanktionen kletterte zunächst von knapp 6.000 im Jahr 2010 auf etwa 11.000 in 2013. Im Jahr 2014 erfolgte dann ein erneuter deutlicher Anstieg, alleine in den ersten zehn Monaten des Jahres wurden rund 15.000 Sanktionen verhängt (aktuellere Zahlen liegen der Stadt nicht vor). Hochgerechnet aufs Jahr dürfte man somit auf 18.000 Sanktionen kommen.

In sechs von sieben Fällen erfolgten die Sanktionen hierbei lediglich wegen versäumter Termine beim Jobcenter oder bei ärztlichen und psychologischen Diensten. Etwa 100 Euro werden den sanktionierten Personen in Düsseldorf



Schon vor 10 Jahren die Abschaffung gefordert

Foto: (CC BY-NC-ND 2.0) Sozialfotografie StR

durchschnittlich vom Regelsatz abgezogen.

DIE LINKE lehnt Sanktionen grundsätzlich ab. Das menschenwürdige Existenzminimum ist durch das Grundgesetz verfassungsrechtlich geschützt. Mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums sind gesetzliche Regelungen unvereinbar, die zu einer Unterschreitung dieses führen. Sanktionen führen jedoch genau zu einer solchen Unterschreitung.

Sanktionen sind nicht nur grundrechtswidrig. Sie öffnen Rechtsbeugung und Amtswillkür Tür und Tor: Die Jahresauswertungen zeigen, dass ein sehr hoher Prozentsatz der Widersprüche und Klagen gegen Sanktionen zugunsten der Betroffenen entschieden werden. Für die Sitzung des Düsseldorfer Sozialausschusses am 6. Mai 2015 hat DIE LINKE Ratsfraktion zu den aktuellen Zahlen der Widersprüche und Klagen eine Anfrage eingereicht.

Auf dem Rücken der Beschäftigten

Stadtverwaltung will 32 Millionen Euro im Personaletat sparen

Die Ampelkoalition hat in ihrem Kooperationsvertrag sich selbst eine Falle gestellt. Einerseits soll der „Kernhaushalt“ schuldenfrei bleiben, andererseits sind Steuererhöhungen – beispielsweise der Gewerbesteuer – ausgeschlossen. Abgesehen davon, dass die „Schuldenfreiheit“ der Stadt ein Märchen ist, wie Oberbürgermeister Geisel im Kommunalwahlkampf richtig feststellte, versucht die Verwaltung, die zu erwartenden Finanzlöcher auch auf dem Rücken der Beschäftigten der Stadt auszugleichen. 77 Personalmaßnahmen sollen 32 Millionen Euro Einsparung bringen.

Allerdings gibt es einen Personalrat in der Stadt, der bei personellen Maßnahmen weitreichende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte hat. Am 17. März fand in der Mitsubishi-Electric-Halle die Personalversammlung 2015 statt. Hier zeigte sich, dass die Forderungen der Beschäftigten der Planung der Verwaltung konträr gegenüber stehen.

Schon heute sind ca. 1.000 im Stellenplan aufgeführte Stellen nicht besetzt. Dies führt zu einer enormen Arbeitsverdichtung, zu Stress und steigenden Krankheitszahlen. Leidtragende sind darüber hinaus die EinwohnerInnen Düsseldorfs, die in den Behörden der

Stadt lange Wartezeiten hinnehmen müssen. So sitzen Menschen bereits um fünf Uhr morgens auf Klappstühlen vor dem Straßenverkehrsamt, um am selben Tag noch bedient zu werden.

Der Personalrat forderte in seinem Tätigkeitsbericht die Stadtverwaltung auf: „Stocken Sie das Personalkostebudget auf! Heben Sie die Stellenbesetzungssperre auf! Besetzen Sie freie Stellen!“ Viele Diskussionsbeiträge aus den Reihen der Beschäftigten zeigten,

wie berechtigt diese Forderungen sind.

Die Ratsfraktion DIE LINKE steht hinter den Forderungen des Personalrates. Immer wieder hat sie in den Haushaltsberatungen gefordert, dass die freien Stellen gemäß Stellenplan besetzt werden müssen. Verantwortungsvoller Umgang mit den Steuergeldern ist richtig und notwendig, aber nicht auf dem Rücken der EinwohnerInnen Düsseldorfs und den für sie in Verwaltung arbeitenden Menschen.



Rote Karte für die Stadtverwaltung

Foto: (CC BY-NC-SA 2.0) GPA-djp

Der Trick mit der Schulbaufirma

Über die Phantasie der städtischen Finanzjongleure

Die Stadt Düsseldorf plant für die nächsten Jahre Schulbauten für 140 Millionen Euro. Mit der Sanierung der Schulgebäude soll es vorwärts gehen. Dies klingt zunächst positiv. Die IPM GmbH der städtischen Tochter IDR AG wurde zu diesem Zweck direkt an die Stadt angebunden und soll als neue Schulbaufirma im Auftrag der Stadt die Baumaßnahmen durchführen.

Die Frage ist: Wo kommen die benötigten 140 Millionen her? Die prekäre

Finanzsituation der Stadt ist inzwischen bekannt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind dramatisch zurückgegangen. In 2014 um 89 Millionen Euro. Der Oberbürgermeister streitet sich mit der Stadtparkasse über 26 Millionen Euro Gewinnabführung an die Stadt. Im Personalbereich sollen 32 Millionen Euro zu Lasten der Beschäftigten der Stadt eingespart werden. Die Stadt hat folglich keine 140 Millionen.

Die IPM GmbH hat sie allerdings

auch nicht. Was macht also der kluge Kaufmann in so einer Situation? Er geht zur Bank und finanziert diese sinnvollen Investitionen. Jetzt sind in der regierenden Ampel allerdings keine klugen Kaufleute am Ruder, sondern Politiker, die unter allen Umständen nach außen den Eindruck des schuldenfreien Kernhaushalts aufrecht erhalten wollen.

Was also tun? Die Lösung ist ebenso absurd wie abenteuerlich: Die Schulneubauten werden formal der IPM gehören. Diese vermietet sie dann an die Stadt. Die IPM verkauft die von der Stadt zu erwartenden Mietforderungen an eine Bank. Sie verkauft also Mieteinnahmen, die sie noch gar nicht hat, und baut mit diesem Geld die Schulen. Die Stadt wird auf Dauer an die IPM Miete für die Nutzung der Schulen zahlen und die IPM leitet diese an die Bank weiter. Was ist der Unterschied zwischen einer Rückzahlung eines Kredits oder einer Mietzahlung aus dem städtischen Haushalt an eine Bank? Die Stadt kann nach außen erklären, es wären keine Schulden.

So verrückt kann Kommunalpolitik sein, wenn das Märchen „Schuldenfreiheit“ weiter erzählt werden soll.



Was zaubert Geisel noch aus dem Hut?

Foto: © Sergey Nivens/bigstock

Taxifahren wird teurer

Im Februar hat der Rat die neuen Taxi-Tarife verabschiedet. Taxifahrten haben sich im Schnitt um ca. 20 % erhöht. Weggefallen ist die Freistrecke von 1.400 m, die bisher im Grundpreis enthalten war. Dazu kommt eine Erhöhung des Kilometerpreises und der Pauschalen. Begründet wurde die Erhöhung mit der Einführung des Mindestlohnes für Taxifahrer. Bei Erhöhungen in der Vergangenheit wurde immer das Argument angeführt, dass sich die Kraftstoffpreise erhöht haben. Der aktuelle Benzinpreis spielte diesmal keine Rolle, obwohl er sich um ca. 20 % im Vergleich zum Vorjahr reduziert hat.

DIE LINKE hat gegen die Erhöhung der Tarife gestimmt. Düsseldorf liegt bei den Taxitarifen ganz weit oben. Ob die Mindestlöhne eingehalten werden bleibt abzuwarten. Z. B. haben einige Taxi-Unternehmen die Wartezeiten aus den Stundenlöhnen herausgenommen und wollen nur die reinen Fahrtzeiten über den Mindestlohn bezahlen. Auch wenn dieses rechtswidrig ist, muss es erst einmal festgestellt und geahndet werden. Bei den angestellten Taxifahrern kommt die Preiserhöhung nicht gut an, da sie weniger Fahrten und damit Entlassungen befürchten. Diesen Argumenten konnten auch die anderen Fraktionen folgen, was sie aber nicht davon abgehalten hat, geschlossen für die Erhöhungen zu stimmen.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE,
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Anita Starosta, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Ben Klar

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Freifunk - Eine Initiative für kostenfreies W-LAN

Auf öffentlichen Plätzen, in städtischen Gebäuden oder in Cafés mit dem Smartphone oder dem Laptop kostenlos im Internet surfen, ohne Anmeldeinformationen abzugeben oder nach abgelaufener Zeit zu bezahlen – die Freifunk Initiative setzt sich für die freie und nicht kommerzielle, öffentliche Nutzung von W-LAN ein. Sie versteht Internet als Gemeingut, das allen Menschen zur Verfügung stehen sollte. DIE LINKE stellte im Januar im Personal- und Organisationsausschuss die Nachfrage, ob die Stadt Düsseldorf bei ihren Planungen zur Aufstellung von W-LAN-Hotspots das Freifunk-Konzept berücksichtige. Bisher sitzen Stadtverwaltung und Telekommunikationsunternehmen an einem Tisch und planen die Versorgung der Stadt mit W-LAN. Die Internet-Hotspots, welche aktuell in der Stadt aufgestellt werden, können nur über eine persönliche Anmeldung genutzt werden. So werden persönliche Daten und das Surfverhalten dem Anbieter preis gegeben. Dies birgt die Gefahr, dass die beteiligten Unternehmen die Daten der NutzerInnen für kommerzielle Zwecke verwerten. Andere Städte machen es besser. In den Innenstädten von Dormagen und Mönchengladbach kann das kostenfreie Netz von Freifunk empfangen werden. Die Initiative der LINKEN hat dazu beigetragen, dass sich auch die Verwaltung jetzt mit dem Freifunk-Konzept beschäftigt. Unabhängig davon kann sich jede Privatperson am Ausbau des Freifunk-Netzes beteiligen. Informationen hierzu unter <http://freifunk-duesseldorf.de/> und <https://freifunk-rheinland.net/>

Die Waldschänke soll weg Wenig Raum am Runden Tisch für die Bürgerinitiative

Kommunikativer Mittelpunkt der Siedlung Freiheit in Vennhausen ist seit über 90 Jahren die Waldschänke. Gebaut wurde die Siedlung von dem 1919 gegründeten Arbeiterbauverein. Am 2. September 2014 stellte die Verwaltung der Stadt den Antrag, die Waldschänke abzureißen. Seit 1984 ist die Siedlung als Erhaltungsgebiet geschützt. Die Bezirksvertretung lehnte ab und bestätigte die Ablehnung nach Widerspruch durch den Oberbürgermeister. Bis heute hat der Oberbürgermeister noch nicht erklärt, warum er im Interesse eines Kölner Immobilien-Konzerns sich über die Interessen der BewohnerInnen der Siedlung Freiheit hinwegsetzt. Die Voraussetzung für sein Handeln nach der Gemeindeordnung ist, dass er begründet, warum er das Wohl der Stadt Düsseldorf gefährdet sieht. Diese stichhaltige Begründung fehlt bis heute.

Es gründete sich eine Bürgerinitiative, die über 1.000 Unterschriften gegen den Abriss sammelte. Um einen Kompromiss zu erzielen, wurde ein Runder Tisch gegründet.

Am 13. April tagte dieser zum dritten Mal. Wer gehofft hatte, es findet ein fairer Austausch statt, sah sich getäuscht. Es wurde sofort klar, dass der OB nicht von seinem bisherigen Kurs abweichen wird. Langatmig wurden von Seiten der Verwaltung rechtlich umstrittene Auffassungen vertreten. Die Bürgerinitiative durfte sich zu Wort melden und mit Hinweisen wie: „ein, zwei Sätze“ oder „kurz etwas“ wurde ihr das Wort erteilt.

Da die Bürgerinitiative am Runden Tisch bisher wenig Gelegenheit hatte, umfassend ihre Position darzulegen, geben wir ihr im R(h)einblick Gelegenheit sich zu äußern.

Dr. Manuela Maschke, Mitglied der Bürgerinitiative, erklärt gegenüber dem

R(h)einblick: „Die Bürgerinitiative zum Erhalt der Waldschänke versucht seit Monaten den Abriss des Gebäudes zu verhindern. Dabei geht es uns nicht um den Erhalt einer Kneipe, wie man uns anfänglich gerne unterstellt hat. Es geht darum, eine erhaltenswerte alte Siedlung für die Stadt Düsseldorf zu schützen. Warum?“

und weiter genutzt werden. Wenn es nach dem Willen der SPD geht, sollen dort von einem Investor Häuser und Wohnungen gebaut werden und zum Verkauf kommen – direkt am Waldrand in Düsseldorf. Ein Haus in dieser Lage gibt es nicht für einen Appel und ein Ei.

Wir haben als Bürgerinitiative in sehr kurzer Zeit mehr als 1.000 Un-



Vom Abriss bedroht

Foto: (CC BY-NC-ND 2.0) Wolfgang Staudt/flickr

Für die Siedlung Freiheit wurde in den 1980er Jahren eine Erhaltungssatzung erlassen. Das heißt, die Siedlung, jedes Haus ist geschützt. Man darf nicht mal eben ein Haus umbauen wie man will oder gar abreißen. Warum? Es sind erhaltenswürdige Gebäude. Und die BewohnerInnen und EigentümerInnen haben sich weitgehend liebevoll daran gehalten, ihre Häuser zu erhalten. Jetzt soll das erste Haus abgerissen werden auf Wunsch der SPD und der Genossenschaft als Eigentümerin. Das Haus steht leer, es ist aber nicht marode oder ähnliches. Es steht leer, weil der Pächter ausgezogen ist und es könnte umgebaut

terschriften gesammelt. Wir haben ein sehr fundiertes Positionspapier formuliert für den Beschwerdeausschuss der Stadt Düsseldorf und alle gewichtigen Argumente vorgetragen. Wir wurden aufgefordert, ein Konzept für den Erhalt des Gebäudes zu entwickeln und haben drei Konzepte vorgelegt. Wir haben potenzielle Investoren. Und was machen die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister? Sie ignorieren die BürgerInnen, sie ignorieren die Vorschriften, die sie selbst entwickelt haben zum Schutz der Siedlung. Sie ignorieren die WählerInnen. Und das ist noch freundlich ausgedrückt!“

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein